

Linz/Berlin. Rekordarbeitslosigkeit, allgemein anhaltende Wirtschaftsflaute, weitgehender Konsumverzicht der Bevölkerung, ein Landtag, der von einer rechtsextremen Partei vorgeführt wird, Fußballskandal, horrenden Abfindungen für gescheiterte Manager, höchst fragwürdige Zusatzeinkommen für Abgeordnete – so präsentiert sich Deutschland in diesen Tagen und Wochen. Doch damit nicht genug. Jetzt malt Edmund Stoiber angesichts von mehr als fünf Millionen Arbeitslosen, so viel wie nie zuvor seit Kriegsende, ein noch gespenstigeres Szenario an die Wand: Das Wiederaufleben der Verhältnisse von 1933. Der CSU-Chef hat zwar einen derartigen Vergleich selbst nicht direkt gezogen. Doch seine Behauptung, die aktuelle Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung begünstige das Erstarken rechtsextremistischer Parteien, zielt genau in diese Richtung. Und dies kurz vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, der in wenigen Monaten der Urnengang in Nordrhein-Westfalen folgt, dem wiederum eine wichtige Weichenstellung für die Bundestagswahl im kommenden Jahr vorhergesagt wird.

Ist also die Massenarbeitslosigkeit tatsächlich die wichtigste Ursache für das Wiedererstarken der NPD? Eine derartige These offenbart für Johann Bacher, Soziologie-Professor an der Universität in Linz, eine viel zu einfache Denkweise. „Mit den Realitäten hat dies nichts zu tun.“ Anzunehmen, dass bei einer erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Rechtsextremismus in die Schranken gewiesen werden könnte, nennt Bacher im Gespräch mit der „Freien Presse“ naiv. Arbeitslosigkeit, gepaart mit sozialer Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit könne zwar extremistische Überzeugungen durchaus fördern. In derartigen Situationen könnten verschwommene Erklärungsangebote bei „politisch Unzufriedenen“ hier und da auch auf fruchtbaren Boden fallen, wie bei der Landtagswahl in Sachsen ja auch geschehen. Doch für sich genommen seien sie keineswegs der Hauptgrund rechtsextremistischem Gedankengutes.

Der Soziologe, der jahrelang an der Universität Erlangen-Nürnberg tätig war, verweist dabei auf seine dort erstellte umfangreiche Studie „Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus“, zu der Ende der 1990er Jahre mehr als 3000 Menschen befragt wurden. „Drei Faktoren sind es, die für rechtsextreme Wahlentscheidungen bestimmend sind: Erstens: Ausländerfeindlichkeit. Zum zweiten eine antisemitische Einstellung. Und drittens die Tatsache, ob sich die Person politisch selbst am rechten Rand einstuft.“

Die empirischen Untersuchungen hätten eindeutig ergeben, dass ökonomische Notlagen kein erhöhter Risikofaktor für die Übernahme rechtsextremer Überzeugungen seien. Und noch ein anderer, durchaus überraschend anmutender Fakt, wurde durch diese, wie übrigens auch andere Studien, offenbar: Zu rassistischem wie auch ausländerfeindlichem Gedankengut neigen keineswegs selten gerade Menschen aus gut situierten Verhältnissen.

Der weit verbreiteten These, in den neuen Bundesländern sei das Potenzial für rechtsextremes Gedankengut weit größer als im Westen, hält Bacher das Ergebnis seiner Studie entgegen. Und danach sei sowohl der Antisemitismus als auch die Selbsteinstufung der Menschen, die sich eher dem rechten Rand zugehörig fühlen, im Osten der Republik geringer ausgeprägt als im Westen Deutschlands.

Durch die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, so macht Bacher an Hand seiner gewonnenen Erfahrungen deutlich, fühlten sich nicht nur die Betroffenen selbst bedroht. Längst seien auch noch erwerbstätige Menschen von derartigen Zuständen erfasst. Mehr oder weniger lebten viele von ihnen „mit der Angst, Einkommensverluste zu erleiden, dem Druck nicht mehr standhalten zu können oder eben auch die Arbeit zu verlieren“.

Mit anderen Worten, der auferlegte Zwang seinen sozialen Status wenn schon nicht ausbauen zu können, zumindest aber doch unter

allen Umständen halten zu wollen, muss letztlich als Begründung dafür herhalten, beispielsweise Ausländern jegliche Chancen abzusprechen. Und dies wird nicht etwa nur von Menschen so gesehen, die wie so manche lapidare Einschätzung besagt, zu den offensichtlichen Verlierern der Gesellschaft gehören.

An eine ähnliche Situation wie in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, von Stoiber so zumindest unterschwellig angedeutet, glaubt der Soziologe im übrigen nicht. Dazu waren „die Spannungen und Konflikte damals ganz andere, nicht zu vergleichen mit der heutigen Zeit“. So hätte es vor mehr als 70 Jahren beispielsweise eine „starke nationalistische Strömung“ in der Gesellschaft gegeben.

Das Ende der Fahnenstange bei den Arbeitslosenzahlen ist laut Wirtschaftsminister Wolfgang Clement noch nicht erreicht. Welche politischen Geschütze in ihrer Folge dabei noch so aufgeföhren werden, bleibt abzuwarten.